

SPD löst Streit um Truppenreform aus

Bundeswehr Die Sozialdemokraten wollen sich mit einigen Standortentscheidungen nicht zufrieden geben. *Von Bärbel Krauß*

Die SPD stellt Teile der geplanten Bundeswehrreform wieder auf den Prüfstand und löst damit eine Kontroverse in der Regierungskoalition aus. Es geht dabei um mehrere unter dem früheren Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) getroffene Standortentscheidungen.

Unter anderem schlugen die Sozialdemokraten vor, in Baden-Württemberg die Entscheidungen über Standortverlegungen an der „Donau-Schiene“ noch einmal auf ihre Effizienz und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Betroffen wären davon Bundeswehreinheiten in Donaueschingen, Ulm und Meßstetten. „Es leuchtet nicht ein, dass Meßstetten mit idealen Voraussetzungen an Übungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschlossen werden soll, während im nahe gelegenen Donaueschingen teuer investiert werden muss, um eine Kaserne auf den nötigen Stand zu bringen“, heißt es in dem SPD-Papier.

In der Unionsfraktion des Bundestags stoßen die Vorschläge auf Ablehnung. „Das ist mit CDU/CSU nicht zu machen“, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher Henning Otte. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ließ erklären, dass sie das Papier „zur Kenntnis genommen“ habe. Die Sprecherin bekräftigte die Festlegungen im Koalitionsvertrag, wonach es keine grundlegende Änderung der Bundeswehrreform geben werde. In Einzelfällen könnten Entscheidungen aber im Rahmen der bis Ende des Jahres laufenden Evaluie-

rung überprüft werden. Die grün-rote Landesregierung registrierte den Vorstoß mit Aufmerksamkeit. Der baden-württembergische Agrarminister Alexander Bonde (Grüne), der für die Konversion von Bundeswehrstandorten zuständig ist, forderte rasche Klarheit über die Pläne. „Eine Reihe von Standortentscheidungen im Zuge der Bundeswehrreform ist nicht nachvollziehbar“, betonte Bonde. „Was die betroffenen Standorte im Land vor allem brauchen, ist schnelle Klarheit und Planungssicherheit sowie endlich eine vernünftige Unterstützung durch die Bundesregierung im Konversionsprozess.“

Der Sprecher der Standortkommunen in Baden-Württemberg, der Walldürner Bürgermeister Markus Günther (CDU), warnte vor falschen Hoffnungen. „Ich denke, dass da im Moment wenig Spielraum ist“, sagte er und sprach von einem „Appell“ der Sozialdemokraten. „Ob das realistisch ist, kann ich aber nicht sagen.“

Für Kommunen in strukturschwachen Regionen wie Walldürn, Meßstetten, Hardheim (Neckar-Odenwald-Kreis) und Ellwangen seien Änderungen der Pläne sicherlich wünschenswert, weil mit dem Abzug von Streitkräften auch wirtschaftliche Folgen verbunden seien. In Meßstetten wurden am Freitag Hoffnungen laut, dass der dortige Standort doch nicht radikal eingestampft wird. Damit würde „ein Fehler korrigiert“, sagte der dortige Rathauschef Lothar Mennig (Freie Wähler).

- Harsches Nein zu SPD-Vorschlägen SEITE 4